

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 25.03.2021

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 33,
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Hans Altmüller

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

Frau Elke Grünewald

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

(Vors.)

Stellv. Bezirksbürgermeisterin -RM-

SPD

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

Frau Jennifer Wittrowski

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Marianne Kreye

Herr Markus Kremmelbein

(Vors.)

AfD

Herr Jonas Vriesen

FDP

Herr Yannik Löwen

Die Linke

Herr Reinhard Offelnotto

Entschuldigt fehlt:

Herr Thomas Euler

SPD

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben
-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung
-/-

Verwaltung:

Frau Matzke	Bauamt	TOP 6 *
Herr Kellersmann	Bauamt	TOP 7 *
Frau Duffert	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	TOP 8
Herr Pöschel	MVA Bielefeld-Herford GmbH	TOP 15
Herr Steinbrecher	moBiel GmbH	TOP 16
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

*) als Online-Teilnehmer zugeschaltet

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden und erläutert die Rahmenbedingungen und Besonderheiten der heutigen Sitzung. Eine Einwohnerfragestunde finde nicht statt. Einwohnerinnen und Einwohner würden gebeten, etwaige Fragen schriftlich an das Bezirksamt unter der Mailadresse bezirk-samt.heepen@bielefeld.de zu stellen.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt abgehandelt:

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 25.02.2021

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 25.02.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich – TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

2.1 Jahresbericht des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Exemplar des Berichtes des Ortsheimatpflegers des Stadtteils Brake, Herrn Kossiek, über seine Tätigkeiten im Kalenderjahr 2020.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.1*

-.-.-

2.2

Abrechnungen nach dem KAG

Die Information des Amtes für Verkehr zur Beitragsabrechnung für die Beleuchtung im Bereich der Straßen Krähenwinkel, Brockeiche/Mecklenburger Straße sowie Schlehenweg ist den Mitteilungen beigefügt.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob sich der relativ hohe beitragsfähige Aufwand i.H.v. rd. 47.000 € für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in den Straßen Brockeiche / Mecklenburger Straße aufgrund einer routinemäßigen Ausstattung mit LED-Beleuchtung ergebe oder ggf. noch mit der Baumaßnahme der BGW zusammen hänge.

Herr Skarabis erläutert, dass in dem Bereich das Erdkabel erneuert worden sei. Ein Zusammenhang mit der Baumaßnahme der BGW bestehe nicht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.2*

-.-.-

2.3

Beirat für Stadtgestaltung – Bebauungsplan Nr. III/O 14 Baugebiet Amerkamp (BV Heepen, 12.09.2019, TOP 10 und 25.02.2021, TOP 15)

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Sitzung des Beirates für Stadtgestaltung vom 19.02.2021 zur Beratung des städtebaulichen Entwurfs für das Baugebiet Amerkamp. Die Nichtöffentlichkeit zu diesem Tagesordnungspunkt wurde aufgehoben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.3*

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

2.4

Energetische Stadtsanierung – Baumheide (Bürgerumfrage)

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Mitteilung des Umweltamtes zur Energetischen Stadtsanierung Baumheide.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.4*

-.-.-

2.5 Installierung einer technischen Vorrichtung an der Endhaltestelle Altenhagen (BV Heepen, 25.01.2018, TOP 5.4)

Die Mitteilung des Amtes für Verkehr zur Installierung des Anzeigers an der Endhaltestelle Altenhagen ist zu Beginn der Sitzung verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.5*

-.-.-

2.6 Umbau der Heeper Straße zwischen Teutoburger Straße und Am Venn – weiteres Vorgehen (BV Heepen, 27.08.2021, TOP 3.34)

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Mitteilung des Amtes für Verkehr zu o.a. Thema.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.6*

-.-.-

2.7 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2021/2022 (BV Heepen, 25.02.2021, TOP 8)

Die Antwort auf die Fragen des Vertreters der Partei Die Linke aus der Sitzung der BV Heepen vom 25.02.2021 ist als Mitteilung zu Sitzungsbeginn verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 2.7*

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Angebote der Musik- und Kunstschule im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0936/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Da viele Schülerinnen und Schüler Ganztagsunterricht haben ist es wün-

*schenswert, dass sie in Wohnortnähe Angebote in den Bereichen Kunst und Musik wahrnehmen können.
Dies erspart auch z.T. weite Fahrten (bei jüngeren Kindern auch Eltern-taxi) in die Innenstadt.*

Frage:

Welche Angebote, an welchen Standorten, plant die Musik- und Kunstschule für das kommende Schuljahr im Stadtbezirk Heepen?

Die Musik- und Kunstschule hat dazu folgendes mitgeteilt:

Die Musik- und Kunstschule ist im Stadtbezirk mit Angeboten der Instrumentalfächer Klavier und Blockflöte vertreten. Dieser Unterricht findet in der Alten Vogtei statt.

Weiterhin gibt es das Angebot „Elementarunterricht für Kinder“ in der Grundschule Heeperholz. Diese Unterrichte findet wöchentlich statt.

Daneben bietet die Musik- und Kunstschule Kurse mit wechselnden Angeboten, vorwiegend für Erwachsene, in Heepen an.

*Bei Angeboten in den Bezirken oder Schulen kann es sich immer nur um einen Auszug aus dem Unterrichtsangebot der Musik- und Kunstschule handeln. Allein der Fächerkanon in der Sparte Musik umfasst über 20 Unterrichtsfächer, die von über 20 Lehrkräften unterrichtet werden müssen (so kann z.B. ein Trompetenlehrer nicht Gitarre unterrichten). Zählt man die Grundstufe und die Orchester hinzu, kommt man auf 30 bis 40 Lehrkräfte, die nötig sind um eine Dependence, z.B. in Heepen, so mit Angeboten auszustatten, dass Schüler*innen oder Eltern für ihre Kinder frei nach Wunsch ein Instrument oder Fach auswählen können. Hinzu kämen noch Angebote der Sparten Kunst, Tanz und Theater.*

*Ab Januar 2022 richtet die Musik- und Kunstschule für Bürger*innen aus Heepen, Oldentrup, Stieghorst und Sieker ein umfangreiches Angebot im alten Speichergebäude der Meisenstraße 65 ein. Es ist geplant, an die 30 Lehrkräfte dort einzusetzen, um alle vier Sparten mit Unterrichtsangeboten, Chorproben und Veranstaltungen dort vorzuhalten. Dort können dann für die Stadtteile in Bielefeld Ost nahezu alle Angebote wie am Hauptsitz in Anspruch genommen werden. Das Angebot müsste von Schüler*innen aus den umliegenden Stadtteilen auch angenommen werden, weil andernfalls der Einsatz von über 30 Fachkräften unter wirtschaftlichem Aspekt nicht aufrechterhalten werden kann.*

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) regt an, sich in der Bezirksvertretung mit dem Thema noch einmal ausführlicher zu befassen. Aus ihrer Sicht sei es nicht ausreichend, Elementarunterricht nur an *einer* Grundschule im Stadtbezirk anzubieten.

Sie begrüße grundsätzlich die Eröffnung einer Dependence der Musik- und Kunstschule in der Meisenstraße (Stadtbezirk Mitte), gibt aber zu bedenken, dass dieser Standort nicht für alle Bürger*innen des Stadtbezirkes Heepen gut zu erreichen sei.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Frau Kreye an und erklärt, auch aus ihrer Sicht sei ein Angebot im Umfang von nur *einer* Gruppe für den gesamten Stadtbezirk zu gering. Nach Ihrer Einschätzung bestehe ein höheres Interesse, das aber erst wieder etab-

liert werden müsse.

Herr Vriesen (AfD) erklärt, er begrüße die Förderung des Musikunterrichts für Grundschüler, stelle sich jedoch die Frage, wie groß die Nachfrage nach diesem Angebot tatsächlich sei. Dies bleibe zu beobachten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Fußgängerbrücke am Ostring

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0968/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der FDP.

Frage:

Wie sind die Besitzrechte sowie die Wegrechte der Fußgängerbrücke am Ostring auf Höhe des Hofes Am Homersen 35.

Zusatzfrage 1: Wie sind die Wegrechte über den angrenzenden Hof Am Homersen 35?

Zusatzfrage 2: Gab es in der Vergangenheit Kontakt zwischen der Stadt und dem Besitzer bezüglich der aktuellen Sperrung der Brücke?

Die Brücke ist seit geraumer Zeit nicht mehr nutzbar, da diese durch einen Bauzaun auf Seiten der Hofbebauung (Am Homersen 35) abgesperrt ist.

Dazu liegt folgende Antwort der Verwaltung vor:

Nach Auskunft des Amtes für Verkehr wurde die Brücke beim Bau des Ostrings als reine Wirtschaftswegbrücke zugunsten des (landwirtschaftlichen) Anliegers Am Homersen 35 planfestgestellt und errichtet. Die Brücke befindet sich somit in der Straßenbaulast des Landesbetriebes Straßen.NRW.

Zusatzfrage 1:

Nach Auskunft des Bauamtes ist für den Hof keine Baulast im Baulastenverzeichnis eingetragen.

Zusatzfrage 2:

Nach unserem Kenntnisstand hat es keinen Kontakt zwischen der Stadt und dem Besitzer bezüglich der Sperrung der Brücke gegeben.

Auf Nachfrage teilte der Landesbetrieb Straßen.NRW mit, dass auch dort kein Kontakt zum Anlieger diesbezüglich bestanden hat.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Fußgänger- und Radfahrerunterführung am Braker Bahnhof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0969/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der FDP

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Deutschen Bahn zu prüfen, ob eine Fußgänger- und Radfahrerunterführung am südlichen Ende des Bahnsteigs des Bahnhofs Brake möglich ist. Die Unterführung sollte ein direkter Weg von der Waagestraße zur Naggertstraße, mit direkter Verbindung zu den beiden Gleisen sein (siehe Skizze).

Begründung:

Spätestens seit der Erweiterung des Einkaufs- und Gesundheitszentrums in Brake wäre eine bessere Anbindung zwischen West und Ost eine deutliche Steigerung der Attraktivität des Ortsteils. Auch im Sinne der Mobilitätsstrategie wäre dies eine Förderung des Bahn-, Rad- und Fußverkehrs ohne andere Verkehrsteilnehmer einzuschränken. Zudem ist gerade für den Radverkehr der Weg unter der Bahnbrücke am Bahnhof aufgrund nicht vorhandener Radwege eine große Gefahrenstelle.

Herr Löwen (FDP) verweist auf die Begründung des Antrages und erklärt, durch das neue Gesundheitszentrum, die „Neue Braker Mitte“, habe der Verkehr in dem Bereich weiter zugenommen. Er weist darauf hin, dass insbesondere für Radfahrer die Strecke unter der Bahnunterführung an der Braker Straße gefährlich sei, weil es keinen Radweg gebe.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, diese Problematik sei bereits in der Vergangenheit in der Bezirksvertretung thematisiert, aber von der Deutschen Bahn bislang nicht weiterverfolgt worden. Er halte das Ansinnen weiterhin für richtig. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) äußert, auch ihre Fraktion könne dem Antrag zustimmen und regt an, diesen in Verbindung mit dem avisierten Umbau des Braker Bahnhofs zu prüfen.

Herr Sternbacher bekräftigt abschließend, dass es nach dem Bau der Braker Mitte konsequent sei, dieses Vorhaben erneut anzugehen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Deutschen Bahn zu prüfen, ob eine Fußgänger- und Radfahrerunterführung am südlichen Ende des Bahnsteigs des Bahnhofs Brake möglich ist. Die Unterführung sollte ein direkter Weg von der Waagestraße zur Nagertstraße, mit direkter Verbindung zu den beiden Gleisen sein (siehe Skizze).

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Konzept zur Sicherung der basalen Infrastruktur im Stadtbezirk Heepen bei extremen Wetterlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0974/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Stadtbezirk Heepen ein (neues) Konzept zur Sicherung der basalen Infrastruktur (ÖPNV-Anbindung, Erreichbarkeit von Nahversorgern, Schulen und Kindertagesstätten) bei extremen Wetterlagen (wie z.B. bei dem Schneeeinbruch im Februar) zu entwickeln, das verhindert, dass die Infrastruktur mehrere Tage im Stadtbezirk nicht zur Verfügung steht.

Begründung:

Extreme Wetterlagen nehmen zu. Eine Situation wie Anfang Februar, in der z.B. der ÖPNV eine Woche lang ausfällt, sollte sich nicht wiederholen. Die Verwaltung wird gebeten, mit allen Beteiligten (Räumdienst, Feuerwehr, moBiel, ...) ein Konzept für den Stadtbezirk Heepen zu entwickeln, das die Basisversorgung (in kurzer Zeit) sicherstellt. Ggf. müssen dazu auch gesamtstädtisch Prioritäten bei der Räumdiensten angepasst werden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, der Stadtbezirk Heepen sei als Außenstadtbezirk darauf angewiesen, dass die Infrastruktur insbesondere in Richtung Stadtmitte, so z.B. durch die Busverbindung von Heepen in die Innenstadt, aufrechterhalten werde. Dies sei aus seiner Sicht prioritär.

Herr Vriesen (AfD) erklärt seine Unterstützung für den Antrag. Es sei wichtig zu prüfen, wie eine Grundversorgung an Infrastruktur auch bei extremen Wetterlagen für den Stadtbezirk sichergestellt werden könne.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Stadtbezirk Heepen ein (neues) Konzept zur Sicherung der basalen Infrastruktur (ÖPNV-Anbindung, Erreichbarkeit von Nahversorgern, Schulen und Kindertagesstätten) bei extremen Wetterlagen (wie z.B. bei dem Schneeeinbruch im Februar) zu entwickeln, das verhindert, dass die Infrastruktur mehrere Tage im Stadtbezirk nicht zur Verfügung steht.

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 4.2*

-.-.-

Zu Punkt 5 Verkehrssituation in der Straße Sandbrink

Zu Punkt 5.1 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die schriftliche Schilderung mit den Eindrücken vor Ort und die Vorschläge zur Verbesserung der Situation durch die Beschwerdeführer. Er schlägt vor, die Anregung gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 5.2 zu beraten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Reduzierung des Verkehrsaufkommens im Bereich Sandbrink / Göppinger Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0926/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Verwaltung wird gebeten in einer der kommenden Sitzungen darüber zu berichten wie, in Absprache mit den Anliegern, das Verkehrsaufkommen in den Straßen Sandbrink und Göppinger Straße deutlich reduziert werden kann.

Begründung:

Es ist lange bekannt, dass beide Straßen für Durchgangs- und Abkürzungsverkehr genutzt werden. Seit der letzten Sitzung der BZV liegen

nun konkrete Zahlen vor, auf die dringend reagiert werden muss.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt ergänzend zu ihrem Antrag aus, dass die Straße Sandbrink häufig für Durchfahrtsverkehr genutzt werde, obwohl sie nach den „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ als Anlieger-/Wohnstraße einzustufen sei. Sie weist darauf hin, dass die Situation im Bereich Sandbrink bereits vor einigen Jahren in der Bezirksvertretung beraten worden sei. Sie bitte die Verwaltung erneut um Prüfung, mit welchen Maßnahmen die im Antrag benannten Straßen vom Verkehr entlastet werden könnten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt nach, wie der Teilaspekt des Antrages hinsichtlich der Absprache mit den Anliegern zu verstehen sei. Es sei fraglich, wer zu der Gruppe der Anlieger zu rechnen sei. Eine Veränderung der Verkehrsführung in der Straße Sandbrink habe Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen in der Göppinger Straße und die angrenzenden Straßen, wie z.B. die Heidenheimer Straße und Heilbronner Straße. Insofern sei die Gruppe der Anlieger nicht genau zu definieren. Seine Fraktion könne dem Antrag dennoch zustimmen, wenn er das Ziel habe, die Reduzierung des Verkehrs insgesamt zu betrachten. In die Prüfung seien die Anregungen der Anwohner – wie in der schriftlichen Eingabe formuliert – mit einzubeziehen. Ein Dialog zwischen Verwaltung und Anliegern sehe er nicht als zielführend an. Aus seiner Sicht sei das effektivste Mittel Schleichverkehre aus Wohngebieten herauszuhalten, die basalen Straßenverbindungen nicht zurückzubauen, sondern funktional zu belassen (s. z.B. Bau der L712 n, 4-spuriger Ausbau der Herforder Straße). Wenn Hauptverkehrsstraßen attraktiv seien, gebe es keinen Grund für Abkürzungsverkehre.

Ggf. käme es auch zu einer Neubewertung der Situation in diesem Bereich, wenn sich durch eine mögliche Abbindung der Heidenheimer / Heilbronner Straße Verkehre ggf. erneut verlagern. Deshalb rege er ein zweistufiges Prüfverfahren an. Zunächst werde die Verwaltung – unter Berücksichtigung der Anregungen der Anwohner - gebeten, zu prüfen, wie das Verkehrsaufkommen reduziert werden könne. Im Hinblick auf die Überlegungen zur Abbindung der Heidenheimer / Heilbronner Straße sei der Bereich zu gegebener Zeit noch einmal ganzheitlich zu betrachten.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) erklärt, ihre Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Herr Löwen (FDP) begrüßt eine ganzheitliche Betrachtung der Verkehrssituation. Aus seiner Wahrnehmung heraus ergebe sich der Schleichverkehr durch den Sandbrink auch dadurch, dass Autofahrer das STOPP-Schild an der Einmündung Heilbronner Straße / Herforder Straße umgehen wollten. Er rege deshalb an, die Errichtung einer zweiten, parallel geschalteten Ampel vor der Heidenheimer Straße in Richtung Innenstand zu prüfen, damit der Verkehr aus der Heilbronner Straße besser abfließen könne.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher gibt zu bedenken, dass die Errichtung einer neuen Lichtsignalanlage vor einem Umbau der Herforder Straße schwierig sei.

Frau Kreye erklärt, ihr sei die Eingabe nach § 24 GO NRW zuvor nicht bekannt gewesen. Der Antrag ziele nicht auf einen Dialog zwischen Ver-

waltung und Anliegern ab. Die Göppinger Straße habe sie in ihren Prüfungsauftrag einbezogen und damit signalisiert, dass nicht nur der Sandbrink alleine zu betrachten sei. Es könne ggf. auch im Sinne eines sog. Masterplans sinnvoll sein, den gesamten Stadtbezirk nach diesen Straßen zu sichten und dafür nach Lösungen suchen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Prüfung des Antrages in zwei Schritten, wie zuvor benannt, erfolgen solle. Darüber hinaus verweist er noch einmal auf die Beratungen zur Verkehrssituation in der Straße Sandbrink in den Sitzungen der Bezirksvertretung Heepen am 14.03.2013 (TOP 11) sowie 27.02.2014 (TOP 5.11). Auch die dort bereits diskutierten Varianten sollten noch einmal in die Prüfung einbezogen werden.

Unter Berücksichtigung der vorangestellten Anmerkungen ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten in einer der kommenden Sitzungen darüber zu berichten wie, in Absprache mit den Anliegern, das Verkehrsaufkommen in den Straßen Sandbrink und Göppinger Straße deutlich reduziert werden kann.

Dafür: 15
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

- mit großer Mehrheit beschlossen -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 5.2*

-.-.-

Zu Punkt 6

INSEK Baumheide Neue Mitte Baumheide (Projekt A2/A3) hier: Die Entwurfsplanung für den ersten Teilbereich der „Neuen Mitte Baumheide“ Calisthenics-Anlage

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0677/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Bauamtes und begrüßt Frau Matzke vom Bauamt zur Berichterstattung, die im Rahmen einer Zoom-Konferenz der Sitzung zugeschaltet ist.

Er weist darauf hin, dass das Vorhaben bereits in der Lenkungsgruppe INSEK Baumheide vorgestellt und dort zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) begrüßt die Umsetzung dieser INSEK-Maßnahme in Baumheide, die für die Anwohner auch zeitnah sichtbar werde. Seine Fraktion werde dem Vorhaben zustimmen.

Auf Nachfrage von Herrn Vriesen (AfD) zu den Kosten der Maßnahme erläutert Frau Matzke, dass sich diese für die geplante Anlage mit insg. 6 Inselbereichen auf ca. 200.000 € bis 250.000 € belaufen werden, davon seien 90 % über EFRE- und Städtebaufördermittel gedeckt. Die Anlage solle nicht nur für den Calisthenics-Sport genutzt werden, sondern auch weitere Bewegungsangebote ermöglichen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

- 1. Die Bezirksvertretung Heepen beschließt den Entwurf zur Calisthenics-Anlage innerhalb des ersten Teilbereich der „Neuen Mitte Baumheide“, dem Umfeld des Freizeitentrums Baumheide.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die geplanten Maßnahmen des 1. Bauabschnittes weiter zu konkretisieren.**

- einstimmig beschlossen –

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

Konversion in Bielefeld – Entwicklung der Wohnsiedlung „Am Dreierfeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0958/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage und begrüßt Herrn Kellersmann vom Bauamt zur Berichterstattung, der im Rahmen einer Zoom-Konferenz der Sitzung zugeschaltet ist.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion begrüße zunächst die Erstellung eines Zwischenberichtes für die Entwicklung der Wohnsiedlung sowie die Bemühungen der Verwaltung, die in der Vorlage dargestellten öffentlichen Spielflächen mit Zuwegungen sowie das ehemalige Offizierskasino anzukaufen.

Er beantrage jedoch, den Beschluss wie folgt zu erweitern:

Die Verwaltung wird gebeten, mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) umgehend Verhandlungen aufzunehmen, um sämtliche Wohnhäuser in dem Bereich einer nachhaltigen Nutzung durch eine Vermietung oder einen Verkauf zuzuführen.

Seine Fraktion habe die Sorge, dass durch den Leerstand der Wohnhäu-

ser – auch bei dem Einsatz sog. Wohnwächter – auf Dauer ein zu hoher Substanzverlust eintrete. Daher solle sich die Verwaltung bemühen, den Wohnraum möglichst zügig einer ordentlichen Nutzung zuzuführen, bevorzugt durch Eigentumserwerb. Diese Initiative sei immer schon Beschlusslage in der Bezirksvertretung gewesen und solle hier noch einmal bekräftigt werden.

Er begrüße, dass das Offizierskasino einer guten Nutzung zugeführt werde und frage nach, wie die Substanz der Gebäude nach Einschätzung der Verwaltung -im Hinblick auf eine relativ kurzfristige Nutzung- aussehe.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald frage nach, wann mit einer Instandsetzung der Häuser zu rechnen sei. Des Weiteren bittet sie darum, die Bausubstanz des Offizierskasinos dahingehend zu prüfen, ob das Gebäude ggf. für eine künftige Nutzung ertüchtigt werden könne, und die Kosten dafür zu ermitteln. Bei dem Offizierskasino handele es sich um einen sog. Leuchtturm innerhalb des Wohngebietes, der nicht ohne Weiteres abgerissen werden solle.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) frage nach, ob das ehemalige Offizierskasino tatsächlich zum Abriss anstehe.

Herr Kellersmann erklärt dazu, dass die Verwaltung im ständigen Austausch mit der BlmA stehe. Derzeitiger Stand sei, dass in der Wohnsiedlung 6 Einfamilienhäuser, 68 Reihenhäuser und 54 Doppelhaushälften vorhanden seien, die vermietet werden sollen. Für die Instandhaltung und Vermietung der bundeseigenen Wohnungsbestände in OWL sei Anfang des Jahres eine neue Abteilung bei der BlmA gebildet worden, die die Gebäude einer Vermietung zuführen solle. Derzeit erfolge eine technische Bestandsanalyse der Häuser, um zu prüfen, inwieweit eine Vermietbarkeit der Häuser gegeben sei. Sofern die Gebäude in gutem Zustand seien, solle eine Vermietung kurzfristig erfolgen. Die Verwaltung habe keine eingehenden Erkenntnisse über den baulichen Zustand der einzelnen Gebäude. Nach seinem Kenntnisstand stelle dieser sich sehr unterschiedlich dar.

Er führt des Weiteren aus, dass neben dem Offizierskasino derzeit höchstens 5 Einfamilienhäuser zum Verkauf anstünden. Die BlmA könne diese Häuser nur im Wege eines Bieterverfahrens verkaufen. Die Häuser, die in das Bieterverfahren gegeben werden, würden der Verwaltung im Rahmen des kommunalen Erstzugriffsrechts angeboten. Als Verwaltung werde man aber nicht vorschlagen, diese zu erwerben, weil es für die Wohnhäuser keine öffentliche Zweckbestimmung gebe und ein Erwerb wirtschaftlich kaum darstellbar sei. Die Stadt habe aber die Möglichkeit das ehem. Offizierskasino anzukaufen. Hier habe die Verwaltung den Erstzugriff erklärt und auf die öffentliche Zweckbestimmung, d.h. die Nutzungsbausteine Kindertagesstätte, Wohnungen und Pflegewohngruppen, verwiesen. Für dieses Gebäude seien noch unterschiedliche Planungsvarianten denkbar, z.B. auch eine Mitnutzung der beiden angrenzenden Grundstücke „Wrdestraße 1 – 3“ sowie „Sommerhufe 2-4“. Alle Varianten gingen derzeit von einem Abbruch der vorhandenen Gebäudesubstanz aus. Ggf. könne aber noch einmal geprüft werden, ob sich die künftige Nutzung auch innerhalb der Gebäudesubstanz darstellen lasse. Die BlmA werde aktuell ein Verkehrswertgutachten für diese Immobilie anfertigen lassen.

Sofern der Verwaltung hierzu weitere Erkenntnisse vorliegen, werde das Bauamt dazu berichten.

Herr Vriesen (AfD) erklärt, aufgrund der in Bielefeld herrschenden Wohnungsnot solle man alle Möglichkeiten ausschöpfen, Wohnraum zügig zu schaffen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

1. **Die Bezirksvertretung Heepen nimmt die aktuelle Entwicklung in der ehemals britischen Wohnsiedlung „Am Dreierfeld“ zur Kenntnis.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Ankauf der im angehängten Lageplan dargestellten öffentlichen Spielflächen mit Zuwegungen sowie des ehemaligen Offizierskasinos „Am Dreierfeld“ fortzusetzen.**
3. ***Die Verwaltung wird gebeten, in Gesprächen mit der BlmA darauf hinzuwirken, dass die (Folge-)Nutzung der Wohnhäuser schnellstmöglich erfolgt, um einen Substanzverlust der Gebäude durch (weiteren) Leerstand zu vermeiden.***
4. ***Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob eine Nutzung des ehem. Offizierskasinos mit den angestrebten Bausteinen (KiTa, Wohnungen und Pflegewohngruppen) auch innerhalb der vorhandenen Bausubstanz realisiert werden kann. Die Kosten für eine mögliche Ertüchtigung sind zu ermitteln und die Ergebnisse der Prüfung in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung vorzustellen.***

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 7*

-.-.-

Zu Punkt 8

Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0752/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage des Amtes für Jugend und Familie – Jugendamt- und begrüßt Frau Duffert zur Berichterstattung.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, seine Fraktion begrüße die in der Vorlage vorgestellten Planungen zur Schaffung weiterer Kita-Plätze im Stadtbezirk und hoffe zugleich, dass mit neuen Baugebieten entsprechend weitere Initiativen folgen werden. Er fragt nach, ob

für die geplanten neuen Kindertageseinrichtungen zu gegebener Zeit ausreichend sachkundiges Personal zur Verfügung stehen werde, um die Einrichtungen zu betreiben. Nach seinem Kenntnisstand sei die Besetzung von Stellen in der Vergangenheit schwierig gewesen.

Frau Duffert erklärt dazu, dass die Besetzung der Stellen mit Fachpersonal ein großes Problem sei, das sich durch die Corona-Pandemie verschärft habe. Es seien jedoch einige gute Initiativen gestartet worden, um der Personalnot entgegenzuwirken, wie z.B. PiA (Praktikant*innen in Ausbildung), eine Art duale Erzieher*innen-Ausbildung. Diese finde zu gleichen Teilen in der Einrichtung und am Berufskolleg statt. Zum einen profitierten die Einrichtungen von der Anwesenheit der Praktikant*innen vor Ort, zum anderen sei diese Form auch für die Auszubildenden vorteilhaft, weil sie eine Ausbildungsvergütung erhielten.

Neben den Initiativen zur Fachkräftegewinnung werde es in Bielefeld ein Fachgespräch zu diesem Thema geben, dies insb. auch vor dem Hintergrund, dass in einigen Jahren der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz umgesetzt werden müsse.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald nimmt Bezug auf die Erörterungen zum Konversionsstandort „Am Dreierfeld“ (TOP 7) und den dort beschlossenen Prüfauftrag, inwieweit eine Nutzung des ehem. Offizierskasinos als Kindertageseinrichtung auch innerhalb der vorhandenen Bausubstanz realisiert werden könne. Sie weist noch einmal eindringlich auf den ortsbildprägenden Charakter des Offizierskasinos hin und spricht sich für einen Erhalt des Gebäudes aus. Deshalb bekräftigt sie noch einmal die Bitte an die Fachverwaltung, eine Ertüchtigungsplanung inkl. Kostenkalkulation zu erstellen und der Bezirksvertretung vorzulegen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt die Entwicklung der Kita-Versorgung für den Stadtbezirk Heepen und spricht sich ebenfalls dafür aus, bei bestehenden Gebäuden, die für eine Nutzung als Kindertageseinrichtung in Betracht kämen und die zugleich einen ortsbildprägenden Charakter hätten, wie z.B. in dem Baugebiet Amerkamp und im Wohngebiet Am Dreierfeld, vorrangig eine Ertüchtigung dieser Gebäude zu prüfen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Fahrradverleihsystem, hier: Standorte im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0946/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Amtes für Verkehr sowie auf die gemeinsam mit der Verwaltung am 03.03.2021 durchgeführte Begehung der möglichen Standorte im Stadtbezirk. Die Bezirksvertretung habe angeregt, den zunächst vorgeschlagenen Standort am Schulzentrum Heepen hin zum Ausbringungs-

standort Hassebrock (Nähe der Bushaltestelle) zu verlagern. Dies sei in der Vorlage mitberücksichtigt worden. Zudem erläutert er, dass je Standort zunächst 3 – 5 Fahrräder vorgesehen seien.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Angabe der Räderanzahl für die Standorte Hassebrock und Bahnhof Brake fehle.

Er erklärt des Weiteren, seine Fraktion begrüße dieses Projekt. Es bleibe abzuwarten, in welchem Umfang es genutzt werde.

Seine Fraktion erachte es als kritisch, dass weder in Milse noch in Brake Rückgabestraßen vorgesehen seien. Er beantrage daher, noch in diesem Umsetzungsschritt auch für die Standorte in Milse und Brake jeweils Rückgabestraßen vorzusehen.

Zudem fragt er nach, wie und in welchen Intervallen das Einsammeln der Fahrräder entlang der Rückgabestraßen erfolge. Er gibt zu bedenken, dass abgestellte Räder auf Gehwegen, zumindest, wenn sie länger dort stünden, Hindernisse darstellen könnten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, anders als beim E-Scooter-Verleih müssten Fahrräder nicht aufgeladen und damit nicht regelmäßig vom Anbieter zurückgeholt werden. Lediglich der Akku für die Handynutzung müsse zu gegebener Zeit ausgetauscht werden.

Herr Skarabis erläutert, dass nach Auskunft des Betreibers die Räder an den Rückgabestraßen nicht nur zurückgegeben, sondern auch ausgeliehen werden könnten. Der Betreiber könne über sein Servicetool nachhalten, wie lange ein Rad bereits an einer Rückgabestraße ohne weitere Ausleihe stehe, sodass es nach 2 – 3 Tagen wieder an eine der Stationen bzw. Ausbringungsstandorte zurückgebracht werde. Sollten sich an den Rückgabestraßen neue Herausforderungen durch die Nutzung ergeben, werde der Betreiber beweglich reagieren können. Dies gerne auch in Zusammenarbeit mit der Bezirksvertretung, sofern dort Hinweise oder Beschwerden auftauchen.

Herr Vriesen (AfD) erklärt, aus seiner Sicht sei keine Nachfrage für dieses Projekt vorhanden. Kaum einer werde dies nutzen. Er lehne es ab, noch weitere Stationen zu schaffen.

Herr Kremmelbein (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, an welchen Standorten die e-Bikes, die ab Frühjahr 2022 das Angebot ergänzen sollen, ausgebracht würden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, es müsse dann ein neues Verfahren geben, weil für e-Bikes eine neue Infrastruktur zu schaffen sei. Hier werde man dann zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage erhalten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Standorte im Bezirk Heepen und die flexiblen Rückgabestraßen werden für die Phase II des Fahrradverleihsystems beschlossen (siehe Anlage 1).

Die Verwaltung wird gebeten, auch für die Standorte in Milse und Brake -noch in dieser Umsetzungsphase- entsprechende Rückgabestraßen vorzusehen.

Dafür: 15

Dagegen: 1

Enthaltungen: 0

-abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen – 25.03.2021 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin